

WAHLPRÜFSTEINE 2024

5 FRAGEN ZUR ZUKUNFT DER FAMILIENZENTREN

Wie wollen Sie das ehrenamtliche, bürgerschaftliche Engagement in den Häusern verlässlich fördern?

Wie wollen Sie uns unterstützen, dass die Familienzentren Teil der kommunalen Sozialplanung werden?

Was können Sie dafür tun, dass die Häuser über eine verlässliche Infrastruktur (Finanzierung und Ausstattung) verfügen, um dem Engagement einen zuverlässigen Gestaltungsraum geben zu können?

Mit welchen Maßnahmen beabsichtigen Sie, Familienzentren als generationsverbindende Infrastruktur zu sichern und Ihre flächendeckende Ausweitung voranzubringen?

Wie können Sie uns konkret dabei unterstützen, dass unsere Häuser lebendige Orte des demokratischen und gesellschaftlichen Zusammenhaltes bleiben?

WAHLPRÜFSTEINE 2024

Was können Sie dafür tun, dass die Häuser über eine verlässliche Infrastruktur (Finanzierung und Ausstattung) verfügen, um dem Engagement einen zuverlässigen Gestaltungsraum geben zu können?

SPD

Wie erfolgreich Brandenburgs Familienzentren arbeiten, haben uns als Brandenburg SPD vor allem die Besuche vor Ort, die thematische Befassung im Brandenburger Gesundheits- und Sozialausschuss, wie aber auch die Evaluation aus dieser Legislaturperiode aufgezeigt. Die so gewonnenen Erkenntnisse machen deutlich, dass das Land Brandenburg mit seinen Angeboten den richtigen Weg geht, um so beispielsweise die Gruppe der Eltern mit geringen Einkommen zu erreichen und erfolgreich zu unterstützen. Darauf können und wollen wir uns aber nicht ausruhen.

So wollen wir uns auch zukünftig mit allen verantwortlichen Akteurinnen und Akteuren austauschen und beraten, wie beispielsweise in Form fortführender Diskussionen im Rahmen von Netzwerktreffen der Familienzentren, um dann gemeinsam notwendige Handlungsempfehlungen für eine verlässliche Infrastruktur in die Wege leiten. Schon in der aktuellen Legislaturperiode haben wir in Umsetzung des Koalitionsvertrages mit unseren bereitgestellten finanziellen Mitteln unseren Beitrag dazu geleistet, dass diese niedrigschwelligen, unabhängigen und auch digital erreichbaren Beratungsangebote für Familien schrittweise weiter ausgebaut werden konnten. Wir wollen diese gute Entwicklung fortsetzen, entsprechende Strukturen erhalten und entsprechend der Bedarfe nach Sozialindex stärken. Ein Schwerpunkt der Hilfen vor Ort sollte die Beratung von jungen Familien und insbesondere jungen Müttern sein, damit ein guter Start ins gemeinsame Leben gelingt.

CDU

Wir wollen Familienzentren und Mehrgenerationenhäuser in der Stadt und auf dem Land weiterentwickeln und umfassende niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsleistungen anbieten. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Förderung für Familienzentren um zwei Millionen Euro jährlich aufgestockt wurde. Die Fördersumme stieg auf 2,6 Millionen Euro pro Jahr. Ziel der Familienzentren ist es, besonders Familien mit geringem Einkommen dabei zu unterstützen, die ihnen zustehenden finanziellen Leistungen in Anspruch zu nehmen. Sie beraten Eltern, helfen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern und tragen dazu bei, dass Kinder gesund aufwachsen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Die deutlich erhöhte Förderung soll dazu beitragen, bestehende Familienzentren aus- und neue aufzubauen, um so ein flächendeckendes Versorgungsnetz zu schaffen. Diese Arbeit wollen wir weiter unterstützen.

Die Linke

Familienzentren und Mehrgenerationenhäuser sind nicht nur wichtige Begegnungsorte in unseren Dörfern und Städten, sondern soziale Knotenpunkte und Träger vieler wichtiger Angebote. Ihre Finanzierung muss verlässlich und auskömmlich gesichert sein, um eine bedarfsgerechte Entwicklung der Angebote zu gewährleisten. Dies ist mit der Form einer jährlichen Zuwendungsfinanzierung nicht sicherzustellen. Bereits in dieser Legislatur haben wir uns mit Anträgen dafür eingesetzt, die Finanzierung für Familienzentren zu verbessern (Drucksache 7/6079 sowie 7/7932). Dafür werden wir auch nach der Wahl wieder eintreten. Konkret wollen wir ein Solidaritätsgesetz einführen, um die Finanzierung der sozialen Infrastruktur in Brandenburg sichern. Frauenhäuser, Frauenzentren, Mehrgenerationenhäuser und Familienzentren, Einrichtungen der Seniorenarbeit, landesweite Vertretungsorganisationen sowie die Tafeln sollen nicht mehr projektbezogen, sondern institutionell gefördert und damit deren Arbeit langfristig und planbar gesichert werden. Nach den Erfahrungen aus der Corona-Zeit müssen wir darüber hinaus Sorge dafür tragen, Angebote in Krisen sichern. Dazu werden wir die finanzielle Unterstützung in Form eines Mehrbelastungsausgleichs für Träger von Einrichtungen der Eingliederungs- sowie der ambulanten bzw. stationären Kinder- und Jugendhilfe, von Mehrgenerationenhäusern, Begegnungs-, Frauen- und Mädchenzentren sowie Pflege- und Sozialbetrieben schaffen.

Bündnis 90/Die Grünen

Durch die Mischfinanzierung der Mehrgenerationenhäuser aus Mitteln des Bundes, des Landes und der Kommunen ist eine verlässliche Finanzierung z. Zt. nur im Zusammenspiel dieser politischen Ebenen zu gewährleisten. Bundeseitig gilt die Finanzierung bis 2028 als gesichert. Die bundesgeförderten Mehrgenerationenhäuser werden von kommunaler Seite kofinanziert. Mit dem Landeshaushalt 2023/24 wurden durch die deutliche Aufstockung der Förderung von 600.000 € auf 2,6 Mio. € jährlich die bestehenden Familienzentren an Mehrgenerationenhäusern finanziell besser gestellt und die Gründung neuer Familienzentren sowie die Erprobung neuer Modellprojekte ermöglicht. Wir möchten, dass das Land dieses Engagement fortsetzt und ausweitet. Zudem wird über die Landesförderung auch die Arbeit der beiden Koordinierungsstellen zur Vernetzung der Mehrgenerationenhäuser und Familienzentren ermöglicht. Wir wollen mit einem Familienförderungsgesetz die rechtliche Grundlage für eine auskömmliche und dauerhafte Finanzierung der Familienzentren und Mehrgenerationenhäuser schaffen. In allen Regionen soll der Ausbau von niedrigschwelligen Anlauf- und Beratungsstellen für Familien gefördert werden, die sozialraumorientiert und partizipativ Familien gerade auch im ländlichen Raum als einfach zugängliche Anlaufstellen dienen. Leitgedanke ist die Familienberatung aus einer Hand, die niedrigschwellig, unabhängig und auch digital zu erfolgen hat. Mit einem Familienförderungsgesetz erfolgt die Finanzierung der Familienförderung im Land dann nicht mehr projektorientiert sondern institutionell.

FDP

Wir setzen uns für die Stärkung von Mehrgenerationenhäusern ein, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und als Orte des gemeinschaftlichen Lernens und des Ehrenamtes dienen. Nachdem auf Bundesebene eine verbesserte Förderung erreicht wurde, engagieren wir uns dafür, diese Chance auf lokaler Ebene zu nutzen, um die Gründung neuer Mehrgenerationenhäuser zu prüfen und wo möglich zu realisieren.

WAHLPRÜFSTEINE 2024

Wie wollen Sie das ehrenamtliche, bürgerschaftliche Engagement in den Häusern verlässlich fördern?

SPD

Das Land Brandenburg profitiert seit Jahrzehnten von dem starken Gefühl der Gemeinschaft und des Zusammenhaltes. Das schlägt sich auch in der Bereitschaft vieler Brandenburgerinnen und Brandenburger nieder, sich ehrenamtlich zu engagieren. Davon profitieren im Besonderen auch Begegnungsorte wie die Mehrgenerationenhäuser, wo es ohne eine freiwillige Mitarbeit viele Angebote nicht geben würde. Es ist für uns umso wichtiger, dass wir uns auch in Zukunft für den Erhalt, die Förderung und den Ausbau des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements einzusetzen wollen. Wir werden die vorhandenen Instrumente und Förderungen zur Unterstützung des Ehrenamts bündeln, mit der Zivilgesellschaft und der kommunalen Ebene über Verbesserungen beraten und zu einer Strategie für bürgerschaftliches Engagement in Brandenburg, in Stadt und Land ausbauen. Unser Ziel ist es, in die Strukturen des Ehrenamts zu investieren und die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen als Servicestelle der Aktiven besser auszustatten. Das Landesnetzwerk für bürgerschaftliches Engagement werden wir weiterhin über die Koordinierungsstelle Bürgerschaftliches Engagement unterstützen. Wir werden die Ehrenamtskarte als App anbieten und vor allem attraktiver gestalten. Anspruch auf die Ehrenamtskarte hat bisher, wer sich mindestens 200 Stunden im Jahr ehrenamtlich engagiert. Diese Regelung schließt aus unserer Sicht zu viele Ehrenamtsbereiche aus, da die vorgegebene Stundenanzahl meist nicht erreicht wird. Das muss sich ändern, denn Ehrenamt sollte gleich viel wert sein. Wir werden uns daher dafür einsetzen, noch mehr Partner für die Ehrenamtskarte zu gewinnen, um weitere Angebote und Vergünstigungen für Ehrenamtliche möglich zu machen.

CDU

Wir wollen Gesellschaft und Ehrenamt noch besser vereinbaren. Wir stärken das bürgerschaftliche Engagement und das Ehrenamt, denn die Selbstverwirklichung des Einzelnen und die Übernahme von Verantwortung für das Gemeinwesen gehören für uns zusammen und sind Voraussetzung für eine lebendige und vielfältige Gesellschaft. Deshalb wollen wir bürokratische Vorgaben für ehrenamtliches Engagement wie Versicherungsaufgaben, Registrierungspflichten oder Datenschutzbestimmungen reduzieren sowie mehr Unterstützung und Entlastung bei administrativen Aufgaben gewinnen. Ehrenamtliches Engagement muss stärker honoriert werden, zum Beispiel durch Berücksichtigung steuerlicher Freibeträge, vergünstigte Verkehrstickets und zusätzliche Angebote der Ehrenamtskarte.

Die Linke

Ehrenamt ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft und unserer Demokratie. Es braucht Unterstützung und vor allem Anerkennung. Wir wollen die Bedingungen für ehrenamtliche Arbeit verbessern und die gesellschaftliche Anerkennung für diejenigen, die ihre Zeit der Gemeinschaft und dem gemeinsamen Fortschritt widmen, deutlich verbessern. Dazu haben wir folgenden konkreten Maßnahmen geplant:

- Um die für das Ehrenamt notwendige Mobilität zu gewährleisten, den Mobilitätsbonus für Ehrenamtliche wieder aufzulegen und finanziell untersetzen.
- Wir wollen die Ehrenamtskarte als ein zentrales Element gesellschaftlicher Wertschätzung ausbauen und allen Ehrenamtlichen zugänglich machen, indem wir die Zugangshürden (z. B. die erforderliche Mindeststundenzahl) absenken, weiterer Partner*innen einbeziehen sowie eine digitale Umsetzung als App.
- Wir werden einen Zuschuss zum Versicherungsschutz für Ehrenamtliche einführen.
- Um eine verlässliche Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit zu gewährleisten, wollen wir die regionalen Ehrenamtsagenturen wieder aufbauen und dauerhaft und verlässlich fördern.
- Und wir sichern eine verlässliche Finanzierung von Ehrenamt. Wo Ehrenamt staatliche Aufgaben übernimmt, muss diese Arbeit verlässlich finanziert werden. (Siehe Frage 1)

Bündnis 90/Die Grünen

Ehrenamtliche sind das Rückgrat unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. In Brandenburg engagiert sich jede*r Dritte im Land ehrenamtlich, das sind etwa 800.000 Menschen, die auf vielfältige Weise die Gemeinschaft unterstützen. Ein gutes Beispiel dafür sind die Familienzentren und Mehrgenerationenhäuser. Dieses Engagement möchten wir noch mehr anerkennen und fördern, um noch mehr Menschen zu motivieren, sich einzubringen. Deshalb planen wir, das Ehrenamt grundsätzlich durch zusätzliche Anlaufstellen, niederschwellige Förderprogramme und eine bessere Vernetzung der Ehrenamtlichen zu stärken. Wir möchten attraktive Rahmenbedingungen in Brandenburg schaffen, die es den Menschen erleichtern, sich ehrenamtlich zu engagieren, auch in Mehrgenerationenhäusern und Familienzentren. Wer sich in Brandenburg ehrenamtlich engagiert, bekommt mit der Ehrenamtskarte bereits viele Vergünstigungen und Angebote. Wir wollen dieses Angebot erweitern und mehr Partner*innen gewinnen. Um ehrenamtlich Engagierte zu qualifizieren und die Strukturen zu professionalisieren, wollen wir eine Ehrenamtsstiftung gründen. Sie soll helfen, die Aktiven, Initiativen und Vereine besser zu vernetzen, sie soll eine Ehrenamtsdatenbank aufbauen und regelmäßige Angebote für Weiterbildungen und Austausch machen. Die personelle und materielle Ausstattung der Familienzentren in den Mehrgenerationenhäusern wollen wir verstetigen und perspektivisch weiter verbessern, um damit gleichzeitig auch die Unterstützungsstruktur für die dort ehrenamtlich Mitarbeitenden zu verbessern. Auch die Koordinierung der Familienzentren wollen weiterhin unterstützen. Beides soll auch im Rahmen eines Familienförderungsgesetzes geschehen. Zu den Details siehe die Ausführungen in den weiteren Antworten.

FDP

Das Ehrenamt ist das Fundament unserer Gesellschaft und unverzichtbar durch den selbstlosen und engagierten Einsatz zahlreicher Freiwilliger. Daher setzen wir uns dafür ein, diesen Menschen die verdiente Anerkennung und Wertschätzung zu zeigen. Wir setzen uns dafür ein, die bürokratische Belastung für Vereine und Ehrenamtliche zu reduzieren, um den Zugang zu Förderprogrammen zu vereinfachen und effizienter zu gestalten. Häufig bleiben Fördermittel ungenutzt, weil der Antragsprozess zu komplex und undurchschaubar ist. Um diesem Problem entgegenzuwirken, werden wir bürokratische Hürden abbauen und die digitale Antragstellung ausweiten. Zudem streben wir an, eine Plattform zu schaffen, auf der Vereine leicht erkennen können, welche Förderprogramme für sie in Frage kommen, um sie bei der Inanspruchnahme von Förderungen und anderen Anliegen zu unterstützen, statt sie auszubremsen. Wir starten darüber hinaus eine Initiative, um das Ehrenamt steuerlich besser zu berücksichtigen. Dabei werden wir auch prüfen, wie Ehrenamtliche, die Transferleistungen zum Lebensunterhalt beziehen, angemessen unterstützt werden können.

WAHLPRÜFSTEINE 2024

Mit welchen Maßnahmen beabsichtigen Sie, Familienzentren als generationsverbindende Infrastruktur zu sichern und Ihre flächendeckende Ausweitung voranzubringen?

SPD

Wir werden auch in Zukunft die hervorragende Arbeit der Brandenburger Mehrgenerationenhäuser und Familienzentren weiter fördern. Sie vereinen für uns die für eine funktionierende Gesellschaft so wichtigen Punkte des Zusammenlebens, wie das generationsübergreifende gemeinsame Miteinander, gegenseitige Hilfe sowie die Stärkung der sozialen Infrastruktur. So haben sich im Besonderen die Familienzentren in den letzten Jahren, geprägt durch weltweite Krisen, Kriege und die Auswirkungen der Corona-Pandemie, als wichtiger sozialer Anker für Brandenburger Familien erwiesen. Dieser nun schon über viele Jahre geleistete große Beitrag, um vor allem Kinder- und Familienarmut zu mildern, den Zugang zu Beratungsangeboten zu ermöglichen und zur sozialen Integration beizutragen, verdient von uns höchsten Dank, Respekt und Unterstützung. Das haben wir im Besonderen in dieser Legislaturperiode unterstrichen, indem wir gemäß unseres Koalitionsvertrages finanzielle Mittel bereitgestellt haben, damit diese niedrigschwelligen, unabhängigen und auch digital erreichbaren Anlaufstellen für Familien schrittweise weiter ausgebaut werden konnten. Für uns ist der geleistete Auf- und Ausbau der Familienzentren einzigartig. Daher werden wir auch in Zukunft dafür sorgen, dass die gute Struktur dieser Betreuungs- und Beratungsangebote erhalten bleibt und entsprechend der Bedarfe nach Sozialindex gestärkt wird. Ein Schwerpunkt der Hilfen vor Ort sollte dabei die Beratung von jungen Familien und insbesondere jungen Müttern sein, damit ein guter Start ins gemeinsame Leben gelingt. Zudem wollen wir Bürgerservicestellen/ Sozialbüros einführen. Sie sollen Service aus einer Hand bieten und die Beratung für Bürgerinnen und Bürger zu Sozialleistungen aller Rechtskreise in einer Anlaufstelle zusammenfassen. Dabei soll es eine enge Zusammenarbeit mit den Familienzentren geben.

CDU

Wir möchten einerseits vorhandene Strukturen nutzen, diese weiterentwickeln und ausbauen. Andererseits ist es uns wichtig, auch neue Wege zu gehen und Familien in der Stadt und auf dem Land zum Beispiel mit mobilen Familienzentren oder digitalen Angeboten zu erreichen. Für uns sind Familienzentren bzw. Mehrgenerationenhäuser ein Ort, wo alle Generationen zusammenkommen und sich auch gegenseitig unterstützen können. Auch Senioren sollen hier einen Ort des Austausches in der Gemeinschaft finden oder Familien mit pflegenden Angehörigen Beratung und Unterstützung erhalten. Wir sehen ein großes Potenzial in der generationsübergreifenden Arbeit der Familienzentren.

Die Linke

Wie in Frage 2 und 3 bereits dargestellt, wollen wir den Ausbau von Familienzentren als Anlaufstellen fördern. Wir behalten das Programm zum Ausbau der Familienzentren nicht nur bei, sondern wollen es aufstocken. Wir brauchen mehr Familienzentren als wichtige Anlauf- und Begegnungsstellen vor Ort. Bestehende Einrichtungen möchten wir durch eine bessere Personalausstattung in die in die Lage versetzen, mehr Angebote insbesondere für Senior*innen, migrantische Familien, Mehrkind-Familien und Ein-Eltern-Familien umzusetzen. Um mehr leicht erreichbare Angebote der Familienbildung und -beratung sowie der Erziehungsberatung zu gewährleisten, bringen wir ein Familienförderungsgesetz auf den Weg, um Familienzentren, Familienservicebüros, Erziehungs- und Familienberatungsstellen in Umfang und Qualität stärken und insbesondere Kitas und Schulen durch den gezielten Einsatz von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen zu Familienzentren weiterentwickeln.

Bündnis 90/Die Grünen

Familienzentren haben sich als wichtige Anlauf- und Beratungsstellen für generationsübergreifende Austauschmöglichkeiten bewährt. Wir Bündnisgrünen haben uns maßgeblich dafür eingesetzt, dass die Mittel für Familienzentren im Doppelhaushalt 2023/24 um weitere 2 Mio. € auf insgesamt 2,6 Mio. € jährlich erhöht wurden. Denn Familien haben unter den Krisen der vergangenen Jahre besonders hart gelitten. Viele Eltern sind am Limit, die Versorgungssysteme überlastet. Mit den zusätzlichen Mitteln können wir präventive, niedrigschwellige und miteinander vernetzte Hilfen für Familien finanzieren. Im Ergebnis wurden und werden in den Jahren 2023 und 2024 insgesamt 51 Familienzentren, davon 34 an Mehrgenerationenhäusern, und 17 neue Familienzentren sowie neun Modellprojekte gefördert. Vordergründiges Ziel ist es zunächst, diese Strukturen zu festigen und die dafür benötigten Mittel auch im kommenden Landeshaushalt bereitzustellen. Familienzentren als leicht zugängliche Anlaufstellen für Familien wollen wir aber auch weiterhin stärken und ausbauen. Dies gilt auch und insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Regionen. Familienzentren können durch die Etablierung von modellhaften Projekten z.B. durch mobile und aufsuchende Dienste oder digitale Angebote ergänzt werden. Das Landesprogramm zur Förderung der Familienzentren wollen wir bei seiner Weiterentwicklung nach der Vielfaltigkeit der Familien und ihrer Bedarfe ausrichten, insbesondere an Mehrgenerationenhäusern, denn Familien sollen über alle Altersstufen hinweg Ansprechpartner*innen in Familienzentren erhalten, von frühen Hilfen bis hin zu Fragen der Pflege.

FDP

Die Sicherung und Ausweitung von Familienzentren als generationsverbindende Infrastruktur liegt uns sehr am Herzen. Wir werden kontinuierlich daran arbeiten, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass diese wichtigen Einrichtungen nachhaltig gestärkt und weiter ausgebaut werden können.

WAHLPRÜFSTEINE 2024

Wie können Sie uns konkret dabei unterstützen, dass unsere Häuser lebendige Orte des demokratischen und gesellschaftlichen Zusammenhaltes bleiben?

SPD

Für uns sind Demokratie, Gemeinschaft und Toleranz die Eckpfeiler unseres Landes, die wir auch zukünftig stärken wollen. Auf ihnen gründet sich unsere Art zu leben. Dennoch wissen die Brandenburgerinnen und Brandenburger aus eigener Erfahrung, dass der Kampf um Freiheit immer wieder neu geführt werden muss. Nach wie vor stellen auch im Land Brandenburg Rechtsextremismus und Rassismus große Gefahren für die Demokratie und das friedliche Zusammenleben dar. Deshalb ist es wichtiger denn je, den zivilgesellschaftlichen Kräften den Rücken zu stärken, die ihren Einsatz für gemeinnützige Belange und ein zukunftsorientiertes Miteinander zunehmend als Beitrag zur Stärkung der Demokratie verstehen. Diesem Kampf, für eine starke und lebendige Demokratie, für eine offene und freiheitliche Gesellschaft und gegen Rechtsextremismus in unserem Land, stellt sich nun schon seit über 25 Jahren die Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg. Dabei ist das Handlungskonzept des Toleranten Brandenburgs heute noch genauso richtig, wie zu Beginn. Deshalb werden wir das Tolerante Brandenburg entsprechend der neuen Bedarfe stärken. Wir werden das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg und sein zivilgesellschaftliches Beratungssystem stärken und es mit dem Bündnis für Brandenburg weiterentwickeln sowie die Förderung von Projekten der Demokratiestärkung und des Kampfes gegen Rechtsextremismus verstetigen und den Herausforderungen gemäß ausbauen. Wir wollen kommunale Bündnisse für Ehrenamt und Zusammenhalt in möglichst vielen Städten unseres Landes etablieren. Die Konzepte gegen Rassismus, Islamismus und Antisemitismus werden wir mit den erforderlichen Ressourcen untersetzen und Schritt für Schritt umsetzen. Um der Demokratieskepsis erfolgreich zu begegnen, brauchen wir eine Demokratie- und Engagementförderung, die in der Fläche des Landes sichtbar und wirksam ist. Das Förderprogramm Zusammenhalt werden wir inhaltlich weiterentwickeln und bis 2029 mindestens zwei weitere Förderrunden bei Beibehaltung des bisherigen Fördervolumens durchführen.

CDU

In den Familienzentren kommen alle Generationen und sozialen Schichten zusammen, hier wird Gemeinschaft gefördert und Angebote für alle unterbreitet. Gerade gemeinschaftliche, generationsübergreifende Projekte können hier für eine bessere Kommunikation sorgen, Vorurteile abbauen und neue Freundschaften entstehen lassen. Dies fördert das Miteinander und schafft Zusammenhalt zwischen Kindern, Eltern, Großeltern und anderen Familienangehörigen.

Die Linke

Trotz Anstrengungen vieler stecken wir derzeit in einer Krise der Demokratie. Demokratiefeindliche Kräfte schicken sich an, unser demokratisches Gemeinwesen in Trümmer zu legen. Dem werden wir uns mit aller Kraft entgegenstellen! Um sicherzustellen, dass diese Einrichtungen lebendige Orte des demokratischen und sozialen Zusammenhalts bleiben, wollen wir folgende konkrete Maßnahmen ergreifen: Wir sichern eine verlässliche, ausreichende und langfristige finanzielle Förderung von Familienzentren und Mehrgenerationenhäusern und setzen uns für die Erhöhung und Verstetigung öffentlicher Mittel ein, damit die Angebote stabil weitergeführt und ausgebaut werden können. Um die Qualität der Arbeit in diesen Einrichtungen sicherzustellen, setzen wir uns für eine Verbesserung der personellen Ausstattung ein. Es ist essenziell, die Arbeitsbedingungen und Bezahlung des Fachpersonals zu verbessern, um qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten. Um demokratische Teilhabe in den Einrichtungen zu stärken, wollen wir die Fachkräfte durch Fort- und Weiterbildungsangebote dabei unterstützen, Beteiligungsformate für die Nutzer*innen anzubieten und Beteiligungsprozesse in den Kommunen zu unterstützen. Damit Familienzentren und Mehrgenerationenhäuser als Orte der Begegnung und des Dialogs für alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Alter oder sozialem Status fungieren können, setzen wir uns dafür ein, dass die Räume und Angebote barrierearm, diskriminierungsfrei und inklusiv gestaltet werden können. DIE LINKE möchte durch eine ausreichende Finanzierung, zusätzliche Fördermittel und Beratungsangebote die Kooperation zwischen den Mehrgenerationenhäusern, Familienzentren, den Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützen, um ein Netzwerk des sozialen Zusammenhalts zu schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass sich Familienzentren und Mehrgenerationen verstärkt zu Orten der demokratischen und politischen Bildung entwickeln können. Den Ansatz der proaktiven Demokratiewerkarbeit werden wir stärken und mit einem eigenen Landes-Demokratiefördergesetz die Demokratiewerkarbeit in Brandenburg langfristig absichern.

Bündnis 90/Die Grünen

In Zeiten von wachsendem Rechtsextremismus und Populismus brauchen wir im ganzen Land Orte zur Förderung des sozialen Zusammenhalts, zur Stärkung demokratischer Prozesse und zur Verbesserung der Diskussionskultur. Um die Finanzierung von Demokratieprojekten dauerhaft auf solide Beine zu stellen, wollen wir mit einem Demokratiefördergesetz für Brandenburg eine verlässliche gesetzliche Grundlage schaffen. Auch Familienzentren und Mehrgenerationenhäuser sollen als Teil dieser demokratiefördernden Struktur davon profitieren.

FDP

Wir wissen um die Bedeutung der Mehrgenerationenhäuser für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Förderung demokratischer Werte. Wir wollen sie weiter unterstützen und ihren Fortbestand sichern. Dazu werden wir gemeinsam mit allen relevanten Akteuren daran arbeiten, dass Mehrgenerationenhäuser weiterhin Orte des Austauschs, der Begegnung und des gemeinschaftlichen Miteinanders bleiben. Wir wollen fortlaufend prüfen, welche Maßnahmen am besten geeignet sind, um diese lebendigen Orte zu stärken und weiterzuentwickeln. Wir können uns etwa vorstellen, gemeinschaftliches Wohnen und Bauen (aber auch altersgerechte Wohngemeinschaften, studentisches Wohnen usw.), alternative Bauverfahren und variable Bauweisen steuerlich stärker zu fördern.

WAHLPRÜFSTEINE 2024

Wie wollen Sie uns unterstützen, dass die Familienzentren Teil der kommunalen Sozialplanung werden?

SPD

Wir haben großes Vertrauen in die Arbeit der kommunalen Ebene. In der kommunalen Sozialplanung, welche die Teilhabechancen erhöhen und für gleichwertige Lebensverhältnisse vor Ort sorgen soll, sind die Einflussmöglichkeiten vonseiten der Landespolitik gering. Wofür wir allerdings weiterhin unseren aktiven Beitrag leisten können und auch werden, ist, dafür zu sorgen, dass die Kommunen die Mittel haben, um diesen Aufgaben gut nachkommen zu können. Wir werden die Kommunen nach Kräften unterstützen, dass sie auch in Zukunft eine tragende Säule des handlungsfähigen Staates bleiben. Schon heute finanziert kein anderes Bundesland seine Kommunen besser als das Land Brandenburg. Diesen Weg setzen wir fort, denn nur so geben wir den Kommunen die finanzielle Kraft, um ihre örtlichen Angelegenheiten im Sinne der Menschen zu gestalten. Viele Kommunen müssen in den kommenden Jahren erheblich investieren, um die Infrastruktur, insbesondere die soziale und Bildungsinfrastruktur, an eine wachsende Bevölkerung anzupassen. Dazu werden wir die Kommunalen Investitionsprogramme neu auflegen, um die Kommunen zu unterstützen. Zudem werden wir das kommunale Haushaltsrecht so verändern, dass die Kommunen pflichtige Investitionsmaßnahmen leichter umsetzen können. Insgesamt werden wir uns so weiterhin gemeinsam mit den Kommunen dem Kampf gegen die Armut stellen. Obwohl Brandenburg schon heute unter den Bundesländern die drittgeringste Armutsquote hat, bleibt die Armutsbekämpfung ein Schwerpunkt unserer Politik. Hier dürfen und werden wir nicht nachlassen.

CDU

Gern treten wir mit Ihnen in den Austausch, um mit Ihrer Expertise die Bedarfe der Familien zu ermitteln und die Arbeit der Familienzentren zu evaluieren und weiterzuentwickeln. Dabei können neue Vorhaben bedarfsorientiert analysiert und neue Wege eingeschlagen werden.

Die Linke

Gemeinsam mit Ihnen als Expert*innen wollen wir mittelfristig Vorschläge erarbeiten, um die Sozial- und Jugendhilfeplanung unter Einbindung von Nutzer*innen und Träger bedarfsgerechter und partizipativer zu gestalten. Dabei muss der Fokus darauf liegen, wie diese Beteiligung in den Kommunen rechtlich verbindlicher verankert werden kann. Kurzfristig werden wir in Kooperation mit dem Verein „kommunalpolitisches forum brandenburg e.V.“ Fort- und Weiterbildungsangebote entwickeln, um Vertreter*innen aus Kommunalpolitik, Verwaltung und freien Trägern bei der Etablierung einer partizipativen und kooperativen Sozialplanung unter Berücksichtigung der Familienzentren zu unterstützen.

Bündnis 90/Die Grünen

Die Mehrgenerationenhäuser, an denen die meisten Familienzentren angebunden sind, werden ja schon jetzt von den Kommunen (ko-)finanziert. Wir werden uns über unsere kommunalen Mandatsträger*innen auf kommunaler Ebene und landesweit in Gesprächen mit den Landkreisen und kreisfreien Städten und den kommunalen Spitzenverbänden weiterhin für die langfristige Einbeziehung von Familienzentren in die kommunale Sozialplanung einsetzen. Dies gilt auch für digitale Angebote der Beratung zur Ergänzung insbesondere in ländlichen Gebieten. Auf die kommunale Sozialplanung als Aufgabe nach SGB I kann die Landesebene allerdings nur bedingt Einfluss nehmen. Wie detailliert sie erfolgt, bleibt der jeweiligen Kommune bzw. dem Landkreis/der kreisfreien Stadt anheim gestellt. Schon jetzt sind Angebote zur Förderung der Erziehung und Unterstützung von Familien auch Aufgabe der örtlichen Jugendhilfeplanung. Das neue Gesetz zur Förderung und zum Schutz junger Menschen, das zum 1.8.2024 in Kraft getreten ist, bietet eine gute Grundlage für ein engeres Zusammenwirken und Ineinandergreifen der Maßnahmen für Kinder und Jugendliche und für Familien, auch auf der örtlichen Ebene. Das von uns geforderte Familienförderungsgesetz würde hier als gute Ergänzung verstärkend wirken.

FDP

Wir wissen um die Bedeutung der Mehrgenerationenhäuser für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Förderung demokratischer Werte. Wir wollen sie weiter unterstützen und ihren Fortbestand sichern. Dazu werden wir gemeinsam mit allen relevanten Akteuren daran arbeiten, dass Mehrgenerationenhäuser weiterhin Orte des Austauschs, der Begegnung und des gemeinschaftlichen Miteinanders bleiben. Wir wollen fortlaufend prüfen, welche Maßnahmen am besten geeignet sind, um diese lebendigen Orte zu stärken und weiterzuentwickeln. Wir können uns etwa vorstellen, gemeinschaftliches Wohnen und Bauen (aber auch altersgerechte Wohngemeinschaften, studentisches Wohnen usw.), alternative Bauverfahren und variable Bauweisen steuerlich stärker zu fördern.